



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 05/2014

**Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger im Wahlkreis Emmendingen/Lahr,
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich freue mich, hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können, der meine politische Arbeit für Sie bzw. Euch dokumentiert:

100 Tage erfolgreiche Regierungsarbeit

In diesen Tagen ist die neue Bundesregierung 100 Tage im Amt. Für die Bürger und die SPD waren es - gemessen an den objektiven Ergebnissen - 100 erfolgreiche Tage:

Mit dem Rentenpaket, der abschlagsfreien Rente mit 63, der Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes und insbesondere dem Mindestlohn haben unsere Ministerinnen und Minister maßgebliche sozialdemokratische Vorhaben auf den Weg gebracht. Die Eckpunkte des Gesetzesentwurfes von Andrea Nahles für den Mindestlohn sind:

- Es gibt keine Branchenausnahmen.
- Lediglich ausbildungs- oder studienrelevante Praktika und ehrenamtliche Tätigkeiten - z.B. in Vereinen - bleiben außen vor.
- Ergänzt wurde ein Mindestalter von 18 Jahren - aber auch diese Grenze entspricht dem SPD-Ziel, in der Union wollte man ein höheres Mindestalter.

Der Mindestlohn von 8,5 € tritt bundesweit am 1.1.2015 in Kraft!

Mit der Mietpreisbremse und der Reform des Maklerrechts werden nun zwei weitere zentrale Forderungen der SPD im Koalitionsvertrag angepackt. Die Mietpreisbremse soll die Mieten für Wohnungen in Ballungsräumen dämpfen und dort vor allem die Wohnungen für Familien bezahlbar machen. Im Maklerrecht wollen wir das Bestellerprinzip einführen und damit Wohnungsuchende von den Maklerkosten entlasten.

Energiewende

Ich kämpfe mit der SPD-Landesgruppe weiter für die Windkraft in Baden-Württemberg. Am 3. April wird dazu ein weiteres Thema mit Sigmar Gabriel stattfinden. Einige Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Planungen konnten bereits schon jetzt erreicht werden: Es gilt der Bestandsschutz für bestehende Anlagen. Windkraftanlagen, die bis zum 31.12.14 zugelassen werden bekommen für fünf weitere Jahre eine Fördergarantie von 8,9 Cent pro Kilowattstunde. Die Förderung für Anlagen, die ab 2015 errichtet werden, ist dann von der Auslastung der bundesweiten Ausbaupkapazität insgesamt abhängig. Selbstverständlich wird die Umsetzung der Energiewende von der Opposition angegriffen. Eines müssen wir jedoch immer wieder klarstellen: Die Energiewende wird NICHT ausgebremst! Dazu sende ihr hier den Link zu einem Interview mit Staatssekretär Baake aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

<http://www.bmwi.de/DE/Themen/energie,did=631108.html>

Lage in der Ukraine

Die Krim-Krise ist die größte außenpolitische Krise in Europa seit 1989. Frank-Walter Steinmeier hat sich in bei seiner Reise zu unseren baltischen Nachbarstaaten und zuvor schon in Gesprächen mit dem tschechischen Außenminister Zaoralek und dem russischen Außenminister Lawrow für eine nichtmilitärische Beilegung der Krise engagiert. Gernot Erler hat als Regionalbeauftragter der Bundesregierung für die Region ebenfalls zahlreiche Hintergrundgespräche in Berlin geführt, um zur Deeskalation beizutragen. Russland hat mit der Stationierung russischer Truppen auf der Krim gegen das Völkerrecht verstoßen. Auch das Referendum über die Zukunft der Krim verstößt gegen das Völkerrecht und gegen die Verfassung der Ukraine. Der EU-Außenministerrat hat als Reaktion darauf die zweite Stufe der Sanktionen eingeleitet und Einreisebeschränkungen sowie das Einfrieren von Konten der Verantwortlichen verfügt. Es bleibt nun wichtig, die Lage vor allem in der Ostukraine zu beruhigen und eine weitere Eskalation zu verhindern. Frank-Walter Steinmeier hat deshalb vorgeschlagen, eine Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in die Ukraine zu entsenden.

Besuch aus dem Wahlkreis

44 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Emmendingen/Lahr sind vom 10. Bis 14. März auf meine Einladung zu einem Informationsbesuch in die Hauptstadt gekommen. Dabei konnten sie die Arbeit der Bundesregierung und des Bundestages genauer kennenlernen. Zudem gab es Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit mir im Reichstag. Ich halte den Bildungsbesuch in Berlin für sehr geeignet, die politische Arbeit in Berlin besser kennenzulernen und damit besser einschätzen zu

können. Neben den Fahrten, die das Bundespresseamt organisiert, sind auch Schulklassen immer wieder zu einem Gespräch in Berlin.



Die Reisegruppe mit mir unter der Reichstagskuppel (Foto: Deutscher Bundestag)

Unterausschuss Europarecht

Dort bin ich in dieser Woche zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Der Ausschuss befasst sich mit Gesetzgebungsverfahren und Initiativen auf EU-Ebene, z. B. die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft oder die Rechte von Pauschlareisenden.

Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre

Mit den Fraktionen von CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke setzen wir einen Untersuchungsausschuss NSA ein. Als zuständiger Berichterstatter im Geschäftsordnungsausschuss habe ich für die SPD-Fraktion ausgehandelt, welche Fragen der Untersuchungsausschuss bearbeiten soll.

Er soll die massenhafte Erfassung und Speicherung von Kommunikationsdaten von, nach und in Deutschland vor allem durch US-amerikanische und britische Nachrichtendienste untersuchen. Er muss aufklären, ob staatliche Stellen des Bundes davon wussten, daran beteiligt waren, dem entgegen wirkten oder Nutzen daraus zogen. Zudem soll eruiert werden, ob die Kommunikation von Mitgliedern der Bundesregierung, Bediensteten des Bundes oder Mitgliedern des Deutschen

Bundestages oder anderer Verfassungsorgane erfasst wurde. Und schließlich ist zu prüfen, welche Reformen notwendig sind, um sowohl die informationelle Selbstbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern und staatlichen Stellen als auch sichere und vertrauliche Kommunikation zu schützen.

Erste Bundestagsrede

In der kommenden Plenarwoche werde ich am 3. April gegen ca. 19 Uhr meine erste Rede im Deutschen Bundestag halten. Dies wird ein großer Moment für mich. In der Rede werde ich das Thema überhöhte Überziehungszinsen bei Dispokrediten behandeln.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB